

<https://kolozeg.org/kyiv-gets-same-warning-kabul-got-before-uss-disorderly-exit-as-biden-prepares-for-the-ukraine-failure-politico/>

Kiew erhält dieselbe Warnung wie Kabul vor dem ungeordneten Abzug der USA, während Biden sich auf das Scheitern der Ukraine vorbereitet

25. April 2023

Washington hat Berichten zufolge Kiew [dasselbe gesagt](#) wie Kabul vor dem Abzug 2021: Kiew soll seine Ambitionen zurückschrauben, wie man es dem US-gestützten Regime in Kabul vor dem katastrophalen Rückzug geraten hatte. US-Beamte spielen mit dem Gedanken an einen Waffenstillstand ähnlich dem von Minsk, falls Kiews Großoffensive ihre ehrgeizigen Ziele nicht erreicht. Das Weiße Haus hat sich für den Fall abgesichert, dass Kiews Offensive nicht zum Ziel führt

Das [berichtete Politico](#) am Montag unter Berufung auf anonyme Quellen in der Regierung von Präsident Joe Biden.

Nach Angaben des Blattes hat Washington Kiew aufgefordert, seine Truppen nicht zu dünn zu verteilen oder seine Ambitionen zu überziehen. Dies soll Biden dem afghanischen Präsidenten Aschraf Ghani irgendwann gesagt haben, bevor die USA sich aus Afghanistan zurückzogen und die Taliban das Land übernahmen.

Die Warnung erfolgte vor dem Hintergrund der Befürchtungen der USA, dass die „immerwährende Gegenoffensive“ der Kiewer Streitkräfte weit hinter den Erwartungen zurückbleiben könnte, was Biden sowohl bei den Falken als auch bei den Tauben zu Hause und in Europa Kritik einbrachte.

Politico berichtete ursprünglich, dass die Ukraine in den letzten 14 Monaten 100.000 getötete Soldaten zu beklagen hatte, änderte dies jedoch später und bezog sich auf die Gesamtverluste, einschließlich der Verwundeten und Vermissten. Viele von Kiews Top-Soldaten seien „entweder außer Gefecht gesetzt oder erschöpft“, so das Blatt. Sie hätten „historische Mengen“ an Waffen und Munition verbraucht, mit denen selbst die „gewaltige Produktion“ des Westens nicht Schritt halten könne.

Einige US-Beamte haben Berichten zufolge die Idee eines ausgehandelten Waffenstillstands geäußert, der Kiew die Tür für die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten offen lässt, nachdem es sich wieder bewaffnet und erholt hat.

Gemäß einem Friedensabkommen, das Bidens Vorgänger Donald Trump mit den Taliban geschlossen hatte, sollten die USA Afghanistan bis Mai 2021 verlassen. Biden verzögerte den Abzug einseitig um mehrere Monate. Als der Abzug der US-Truppen begann, erklärten sowohl Biden als auch seine Berater gegenüber Reportern wiederholt, dass die afghanischen Regierungstruppen in der Lage seien, die Taliban mindestens mehrere Monate lang aufzuhalten.

Anfang dieses Monats veröffentlichte das Weiße Haus einen [Bericht](#), in dem es stillschweigend einräumte, dass beim Abzug der Truppen vieles schief gelaufen sei, aber alles auf Trump und die Afghanen selbst schob.

„Keine Agentur hat eine Machtübernahme durch die Taliban innerhalb von neun Tagen vorhergesagt“, sagte der Sprecher des Nationalen Sicherheitsrates, John Kirby, gegenüber Reportern. „Keine Agentur hat die schnelle Flucht von Präsident [Ashraf] Ghani vorhergesagt ... und keine Agentur hat vorhergesagt, dass die mehr als 300.000 ausgebildeten und ausgerüsteten afghanischen nationalen Sicherheits- und Verteidigungskräfte nicht für ihr Land kämpfen würden, insbesondere nach 20 Jahren amerikanischer Unterstützung.“

Die von den USA bewaffnete und finanzierte afghanische Armee hatte sich den Taliban kampflos ergeben, und Kabul fiel am 15. August, bevor es den USA gelang, ihren ungeordneten und feigen [Rückzug zu beenden](#).

Biden bereitet sich auf das Scheitern der Ukraine vor

Die Regierung von US-Präsident Joe Biden bereite sich „im Stillen auf die Möglichkeit vor“, dass die groß angekündigte Offensive der Ukraine nicht den von Kiew gewünschten „totalen Sieg“ bringe, berichtete [Politico](#) am 24. April unter Berufung auf mehrere anonyme Beamte.

Während die US-Regierung öffentlich ihre Unterstützung für die Ukraine bekräftigt, haben Beamte privat die Befürchtung geäußert, dass das Weiße Haus in ein Kreuzfeuer der Kritik geraten könnte, sollte der Angriff hinter den Erwartungen zurückbleiben, so die Quelle. Die „Falken“ (Kriegstreiber) würden behaupten, die USA und ihre Verbündeten hätten der Ukraine nicht genügend Waffen und Munition zur Verfügung gestellt, während die „Friedenstauben“ dies als Beweis dafür sehen würden, dass Kiew nicht gewinnen kann.

„Wenn die Ukraine auf dem Schlachtfeld nicht dramatisch gewinnen kann, stellt sich unweigerlich die Frage, ob es an der Zeit ist, die Kämpfe auf dem Verhandlungswege zu beenden“, sagte Richard Haass, der Präsident des Council on Foreign Relations, gegenüber Politico. „Es ist teuer, wir haben kaum noch Munition, und wir müssen uns auf andere Eventualitäten in der Welt vorbereiten.“

Ein Beamter, der um Anonymität bat, sagte, die USA hätten die Ukraine mit Waffen und Ausrüstung „überschwemmt“ und alles, was Kiew angefordert habe, „fast abgeschlossen“. Aber hinter verschlossenen Türen sind die USA „besorgt darüber, was die Ukraine erreichen kann“.

Das US-Militär ist der Ansicht, dass der Konflikt in einem Grabenkrieg festgefahren ist, in dem keine der beiden Seiten sehr weit oder sehr schnell vorankommt. Politico meldete ursprünglich, dass die Ukraine 100.000 getötete Soldaten zu beklagen habe, änderte dies jedoch später und bezog sich auf die Gesamtverluste, einschließlich der Verwundeten. Das Blatt wies auch darauf hin, dass die Streitkräfte Kiews „historische Mengen an Munition und Waffen“ verbraucht hätten und dass „selbst die enorme Produktion des Westens“ nicht ausgereicht habe, um ihren Bedarf zu decken.

Das Pentagon bezweifelt nun, dass die Ukraine ihr Ziel, die Krim zu erreichen, erreichen kann, obwohl das US-Militär immer noch hofft, dass es die russischen Nachschublinien „behindern“ kann.

Ein ausgehandelter Waffenstillstand würde sowohl der westlichen als auch der ukrainischen Öffentlichkeit als [vorübergehender Waffenstillstand](#) verkauft werden, der „die Tür für die Ukraine offen lässt, zu einem späteren Zeitpunkt mehr von ihrem Territorium zurückzugewinnen“, so einige US-Beamte gegenüber Politico. Dies ist schon einmal geschehen, nämlich mit dem Minsker Abkommen

von 2015 – wie die damaligen [deutschen](#) und [französischen](#) Regierungschefs (Merkel und Hollande) kürzlich zugaben –, obwohl das Blatt dies nicht erwähnte.